



Oppositionsführer Kurti

MONTELEONE DAVIDE / CONTRASTO / LAIF

KOSOVO

Die Puppenspieler

Manipulierte Wahlen, Misswirtschaft, Korruption – in der Balkan-Republik geht es nicht voran. Die Schar der Uno- und EU-Beamten ersticke jede Entwicklung, sagen junge Kosovaren.

Albin Kurti hat die Innentaschen seiner Jeans nach außen gestülpt, an einer Schnur hält er einen roten Luftballon. „Kosovo“, ruft Kurti ins Mikrofon, „ist das ärmste Land Europas.“ Dann hebt er die ohnehin schon heisere Stimme: „Aber unsere Politiker sind reich. Je größer die Arbeitslosigkeit in der Bevölkerung, desto dicker ihre Autos, desto schwerer ihre Konten.“ Er zersticht den Ballon.

Es ist heiß, Kurti, 36, steht in weißem Hemd auf einem Podest inmitten einer Menschenmenge, seine Bühne ist das Zentrum Prištinas, die Turboarchitektur der Nachkriegsbauten, der spiegelverglasste Turm des Regierungsgebäudes, die Betonbaracke des Uno-Büros. „Albin, stopp die Diebe“ steht auf den Transparenten, gemeint sind Premierminister Hashim Thaçi und seine Regierung. 800 Menschen sind gekommen, schätzt ein Polizist, er reicht Wasserflaschen.

Später werden Mitglieder von Kurtis Partei „Vetevendosje!“ den Platz aufräu-

men, sie werden die Flaschen einsammeln und sich bei den Polizisten bedanken. Es ist nur eine Geste, aber sie steht für das, was Kurti und seine Anhänger wollen: Eigenverantwortung. Vetevendosje bedeutet Selbstbestimmung.

Die Bewegung, vor einem Jahr erst zur Partei geworden, hat sich bei der Parlamentswahl im Dezember auf Anhieb als drittstärkste politische Kraft etabliert. Der Name mit dem Ausrufezeichen dahinter ist mehr als nur Parteiprogramm in einem Land, das so lange fremdbeherrscht war. Und Kurtis Reden sind mehr als bloße Polemik. Sie beschreiben die Realität in der winzigen Region mitten auf dem kriegsgebeutelten Balkan, in der unterschiedliche Kräfte auf Kosten der Bevölkerung beständig ihre Macht und ihren Einfluss messen.

„Kosova“, sagt Albin Kurti und benutzt das albanische Wort für die frühere serbische Provinz, „mag vielleicht formell unabhängig sein, souverän ist es nicht.“

Im überwiegend serbisch besiedelten Norden sichert sich Belgrad seinen Einfluss; Lehrer, Polizisten und Ärzte stehen weiterhin auch auf den Gehaltslisten serbischer Ministerien. Nicht zuletzt deshalb kontrolliert die Kfor-Friedenstruppe im Augenblick die Grenze – die Bilder von Gewaltausbrüchen zwischen Kosovo-Albanern und Serben dort sind frisch.

In der Hauptstadt Priština ziehen die Amerikaner die Strippen, die US-Botschaft baut gerade ihr Territorium aus, das schon jetzt einem eigenen kleinen Stadtbezirk gleicht.

Die internationale Gemeinschaft indes, in schier unzähligen Organisationen vertreten, laviert um die Frage der Eigenstaatlichkeit Kosovos herum. Die EU beispielsweise soll den Rechtsstaat etablieren. Die Crux an der Sache: Die größte außenpolitische Mission der Union, Eulex, mit 3200 Mitarbeitern, ist zur Statusneutralität verpflichtet. Fünf der 27 EU-Staaten haben Kosovo nicht anerkannt – auch aus Angst vor dem Unabhängigkeitsdrang eigener ethnischer Minderheiten. Zugleich sind allerdings ebendiese EU-Vertreter mit der Aufgabe betraut, die Grundlage für die Verfassung einer unabhängigen Republik Kosovo zu schaffen.

Im Kosovo, und das macht es so kompliziert, trifft Balkan-Chaos auf absurd anmutende internationale Ambitionen. Albin Kurti kommt den Kosovaren da gerade recht – denn die sind es leid, immer von anderen geschurigelt zu werden. Kurti hat die Selbstbestimmung des Kosovo zu seiner Sache gemacht.

Vetevendosje! leuchtet als Schriftzug rot von Hauswänden und hebt sich, akkurat durch Schablone gesprüht, vom Weiß der Zebrastrifen ab. Als Graffiti prangt es in dicken Lettern weithin sichtbar unter dem Konterfei Bill Clintons am Clinton-Boulevard. Darunter: „Jo negociata“, keine Verhandlungen. Auch nicht über den umkämpften Norden, den Serbien, wie das gesamte Kosovo, nach wie vor als ureigenes Gebiet betrachtet.

Weil Kurti diese Ansicht nicht nur laut vertritt, sondern auch rhetorisch gewandt, ist er zum Schrecken all derer geworden, die versuchen, die Geschicke im jüngsten europäischen Staat zu lenken. Ein Krebsgeschwür sei Vetevendosje, sagen die Regierenden in Priština. Und Kurti ein Radikaler.

„Wenn das Extreme normalisiert wird, erscheint das Normale als Extrem“, sagt Albin Kurti. Er sitzt am Tisch in der Parteizentrale, hinter ihm auf Karton geklebte Fotos des Protests. Demonstrierende Menschen, umgekippte Autos. Sein Gesicht ist rund und voll, mit einem trotzigen, fast quengeligen Zug um den Mund. Das Enfant terrible hat tatsächlich ein Kindergesicht.

„Das Einzige, was mich nicht an ihm beeindruckt, sind seine Haare“, sagte der

OSZE-Gesandte William Walker 1998 über den damals 23-Jährigen, der zu dieser Zeit Wortführer der Studentenproteste in Priština war. Kurtis Bubengesicht rahmten wilde Locken, er hörte U2 und zitierte die düsteren Verse Sylvia Plaths. Es war die Zeit, als albanische Freischärler mit der Waffe gegen die serbische Willkürherrschaft kämpften. Kurti und seine kosovo-albanischen Kommilitonen marschierten mit Transparenten, auf denen stand „Hello Europe, where are you?“

„Albin Kurti wird die Politik hier sehr bald maßgeblich bestimmen. Entweder er wird Premier – oder er wird umgebracht“, sagt ein hoher Vertreter ebenjenes Europas, das Kurti und die Seinen einst herbeisehten.

Die Verhältnisse haben sich geändert: Kurti zitiert jetzt Churchill statt Plath, und er sehnt sich auch nicht mehr nach dem Beistand Europas. Sein Land, sagt Kurti, sei vom politischen Gefangenen Serbiens, gefoltert und geschändet, zum Patienten der internationalen Gemeinschaft geworden. Unmündig. Fremdbestimmt. „Wir haben das Gefängnis gegen das Krankenhaus eingetauscht“, sagt er.

Eloquent, falls nötig in fließendem Englisch, bezieht Kurti Stellung gegen die „Internationalen“, gegen die Uno und die EU; den eigenen Politikern spricht er jedes Verantwortungsgefühl ab. Premierminister Thaçi nennt er einen „Dieb, der das eigene Volk bestiehlt“. Protegiert werde Thaçi von der „Kolonialmacht USA“, weil er ein „Erfüllungsgeliebter Washingtons“ sei. Der Vorwurf an die Staatengemeinschaft ist nicht minder harsch: Sie fresse im Kosovo vornehmlich ihr eigenes Geld und gebe das hinterher als Nation Building aus. Auf einer Fläche fast so

groß wie Jamaika sind 3600 Nichtregierungsorganisationen registriert.

Kurtis Furor zahlt sich aus: Er spricht in seiner Heimat, in London, in Oslo – und immer mehr Menschen hören ihm zu.

77 Staaten haben das Kosovo mittlerweile anerkannt, seit es sich 2008 zur unabhängigen Republik erklärt hat, einer der Ersten waren die USA.

Zumindest für einen Teil der Welt stellt sich nicht mehr so sehr die Frage nach dem Status, sondern jene nach dem Zustand des Landes. Was passiert im Kosovo? Und wer regiert hier eigentlich?

Hashim Thaçis Regierungskoalition ist geschwächt. Dem ehemaligen Kommandeur der Kosovo-Befreiungsarmee UÇK wird vorgeworfen, die letzte Parlamentswahl gefälscht zu haben. In einem Bericht des Europarats wird er beschuldigt, am Handel mit Organen von serbischen Gefangenen beteiligt gewesen zu sein; beide Vorwürfe bestreitet er. Gegen seinen früheren Verkehrsminister und enge Vertraute laufen Ermittlungen wegen Korruption. Der Chefredakteur der größten kosovarischen Zeitung, „Koha Ditore“, steht nicht allein mit der Meinung, dass Thaçi nur noch regiert, weil die USA ihre schützende Hand über ihn halten.

„Regieren?“, fragt Albin Kurti und zieht die Brauen bis zum Haaransatz, „unsere Politiker sind höchstens gute Geschäftsleute in eigener Sache.“ Vor allem, sagt er, seien sie Marionetten.

Es gibt Bilder von US-Botschafter Christopher Dell, wie er bei der Präsidentschaftswahl im Februar auf der Tribüne im Parlamentsgebäude sitzt und seinem Vorzugskandidaten, dem reichen Bauunternehmer Beghjet Pacolli, per SMS Anweisungen gibt, wie er sich die Mehrheit zu sichern habe. Als die Wahl Pacollis scheiterte, war es Dell, der eine bis dahin politisch völlig unauffällige Polizeidirektorin zur Kompromisslösung auslobte. Atifete Jahjaga, 36, ist nun die erste und jüngste Präsidentin Kosovos; man hört nicht viel von ihr. Dell allerdings wurde bereits vor ihrer Wahl „Zeus“ genannt.

Kurti und die steigende Zahl der Vetevendosje-Anhänger beklagen, dass die internationale Präsenz die Entwicklung im Kosovo ersticke. Ein EU-Chefberater sagt selbstkritisch: „Es stimmt. Wir sind zu viele. Das ist ein kleines Land, und wir tun ihm nicht nur gut.“ Das Durchschnittsgehalt liegt bei 200 Euro im Monat, ein Uno-Beamter verdient das 40fache.

Die Anekdote über einen indischen Uno-Polizisten, der einen albanischen Bauern verhaften ließ, weil dieser seine Kuh mit einem Stock antrieb, wird oft erzählt. Sie verstehe den Groll, sagt die Verantwortliche des Uno-Entwicklungshilfe-



US-Diplomaten Hillary Clinton, Dell in Priština* Anweisungen per SMS

* 2010 vor dem Denkmal für den früheren Präsidenten Bill Clinton.

Der digitale SPIEGEL. Die neue Art zu lesen.



Früher lesen:

Sonntag schon ab 8 Uhr auf iPad, iPhone®, Android-Tablets und -Smartphones.

Mehr sehen:

Nutzen Sie Videos, Fotostrecken und interaktive Grafiken.

Mehr hören:

Lauschen Sie Interviews, neuen Songs oder historischen Tondokumenten.

Mehr wissen:

Lesen Sie am Ende des Artikels weiter auf den Themenseiten. Lassen Sie sich vom Reporter erklären, wie er recherchiert hat.

Jetzt exklusiv in der neuen Ausgabe:

- Gold, Wein und Diamanten – **SPiegel-TV-Film** über die Profiteure der Finanzkrise
- 115 Meter ohne Flasche – **Video** über den Apnoe-Taucher Guillaume Néry
- Urlaub im Krisengebiet – **Video-Stresstest** an den Stränden der Euro-Zone

Die Zauberwaffe

Der Virus „Stuxnet“, mit dem der Mossad das iranische Atomprogramm attackierte, ist das erste digitale Kampfgerät von geopolitischer Bedeutung.

programms. Die Kluft sei groß, die Ergebnisse seien nicht immer sichtbar. Aber: „Es ist trotzdem wichtig, dass wir hier sind.“

Genau das stellt Kurti in Frage. Sein Erfolg geht einher mit enttäuschten Erwartungen an die Staatengemeinschaft.

Das Grenzgebiet im Norden bleibt ein gesetzloser Raum, die Rechtsstaatsbeauftragten der EU sind ohnmächtig dort. Der Wahlfarce im Dezember hatten sie nichts weiter entgegenzusetzen als die Aufforderung an Thaçi, keine Personen, gegen die ermittelt werde, in seine Regierung einzubinden.

Obwohl die EU mit der Eulex-Mission seit 2008 im Kosovo wirkt, hat die Korruption in den Parteien und im Parlament laut Transparency International zugenommen. Kosovo nutzt zwar für Mobilfunkverbindungen die Vorwahl Monacos, des Steuerparadieses an der Côte d'Azur; die Arbeitslosigkeit aber liegt nach wie vor bei 50 Prozent.

Etwa vier Milliarden Euro hat die Staatengemeinschaft seit dem Kriegsende 1999 für das kleine Land aufgebracht; es gibt kaum Industrie, selbst Zwiebeln und Knoblauch werden aus China importiert. Die meisten Kosovaren leben von den Überweisungen aus der Diaspora. Und die Misswirtschaft, der auch die Uno-Verwaltung keinen Einhalt geboten hat, hält an. Jetzt baut die Regierung eine Autobahn in die albanische Hauptstadt Tirana, den Zuschlag für das Großprojekt bekam das US-Konsortium Bechtel-Enka. Für Beton, Sand und Kies soll Kosovo nun mehr als das Doppelte des Marktpreises zahlen.

Die Misere ist groß, der Frust in der Bevölkerung auch. Kosovo ist ein junges Land, die Hälfte der Kosovaren sind unter dreißig.

Dass die Ausrichtung der Politik im Kosovo eine Generationenfrage ist, das sagt nicht nur Albin Kurti, der junge Oppositionsführer. Das sagt auch Edita Tahiri, die stellvertretende Regierungschefin.

Tahiri, 55, sitzt hinter trübem Spiegelglas in ihrem Büro im Regierungsgebäude. Über ihr hängt goldgerahmt das Harvard-Diplom, daneben ein Faksimile der Unabhängigkeitserklärung. Sie sagt: „Wir waren es, die den Krieg gekämpft und die Freiheit gebracht haben.“ Politik bedeute mehr, als nur zu kritisieren. Für Tahiri gelten die alten Koordinaten: Ziel Kosovos müsse die Nato-Mitgliedschaft sein, einzig verlässlicher Partner seien die USA. Die Frage der Selbstbestimmung scheidet tatsächlich die Generationen.

An einer Hauswand in Priština, nicht weit vom Regierungsgebäude, steht gesprüht: „Vetevendosje! ist die Zukunft“.

Daneben, leicht verblasst, aber trotzdem lesbar: „Tito, wir vermissen dich“.

JULIA AMALIA HEYER

Der Gebäudekomplex auf der Anhöhe an einer Kreuzung des Highways von Tel Aviv nach Haifa heißt in Israel nur „der Hügel“. Das Gelände ist mehrere Fußballfelder groß, hermetisch abgeschottet mit hohen Mauern und Stacheldraht, eine moderne Festung für den Überlebenskampf Israels im Nahen Osten. Der Zutritt zu dieser Festung ist tabu, für Politiker wie für Journalisten, sie ist das Hauptquartier des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad, und es ist der Mossad, der Hausbesuche macht, nicht umgekehrt.

An einem Donnerstag Anfang Januar ist das anders. Auf dem Parkplatz vor einem nahe gelegenen Kino fährt ein Kleinbus mit abgedunkelten Scheiben vor, eine Gruppe handverlesener Journalisten muss Handys und Diktiergeräte abgeben. Meir Dagan, der mächtige Mossad-Chef, hat geladen, es ist sein letzter Arbeitstag, nach sieben Jahren verlässt er den Dienst. Es geht an diesem Januartag um sein Vermächtnis: den Kampf des Mossad gegen das iranische Atomprogramm.

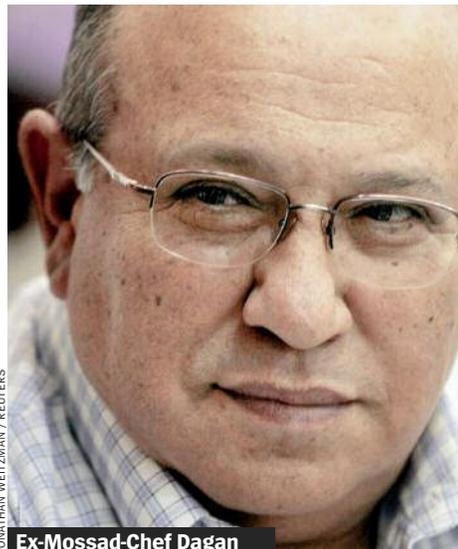
Voller Leidenschaft warnt er vor einem möglichen Militärschlag gegen Iran. Er glaubt, ein solcher Angriff müsse zu einem Flächenbrand in der Region führen, zum Krieg mit der Hisbollah und der Hamas, vielleicht auch mit Syrien. Wer denke, dass ein Militärschlag das Atomprogramm stoppen könne, der irre, sagt Dagan. Es könne nur eine Verzögerung

geben, keinen dauerhaften Erfolg. Der scheidende Mossad-Chef ist deshalb gegen Bomben, aber für alles, was das iranische Atomprogramm zurückwirft, ohne einen konventionellen Krieg zu beginnen.

Verzögerung, das ist das Zauberwort. Und Dagan hat dafür eine Zauberwaffe geschaffen, deren Name an diesem Januartag in Raum hängt, aber vom Mossad-Chef nicht ausgesprochen wird: „Stuxnet“.

Vor gut einem Jahr, im Juni 2010, hat Stuxnet die Bühne der Weltpolitik betreten – ein Computervirus, der in Hochsicherheitsrechner eindringen konnte, die nicht am Internet hängen, was als beinahe unmöglich gilt. Ein Virus, der sich durch die Steuerungscomputer im iranischen Natans gefressen hat, wo Wissenschaftler Uran anreichern; der die Zentrifugen bis zur Selbstzerstörung manipulierte und damit ins Herz des Atomprogramms vorgedrungen ist.

Stuxnet ist die erste Cyberwaffe mit geopolitischer Dimension, „ein digitaler Bunkerbrecher“, wie Frank Rieger vom deutschen Chaos Computer Club sagt. Der Virus hat die moderne Kriegsführung um eine grundlegend neue Waffe erweitert: den militärischen Angriff mit einem auf ein Ziel zugeschnittenen Programmcode. Ein Jahr danach gibt es keine Sicherheitsfirma im Internet, keine Regierung eines größeren Landes, die sich nicht mit Stuxnet und den Folgen beschäftigt und ihre Schlüsse daraus gezogen hat.



Ex-Mossad-Chef Dagan

Sabotierende Software

Wie „Stuxnet“ die iranische Urananreicherung störte

1 Vermutlich über einen USB-Speicherstick gelangt die Schad-Software in das eigentlich von der Außenwelt abgeschirmte Computersystem der Urananreicherungsanlage im iranischen Natans.

